



Antrag

Vorlage: AT/0144/2019		Datum: 28.10.2019			
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD			Az.:	
Betreff:					
Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Sachstandsbericht Klimanotstand					
Gremienweg:					
07.11.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

Beschlussentwurf:

Die Stadt erstellt jährlich einen Sachstandsbericht, der in verständlicher Form über die Folgen der Klimaschutzmaßnahmen, die in der Sitzung des Stadtrats vom 26.09.2019 beschlossen wurden, informiert. Der Bericht untergliedert sich in folgende Abschnitte:

- 1) Mehrkosten für die Stadt (Sach- und Personalkosten, geordnet nach Haushaltstiteln)
- 2) Mehrkosten für Bürger und Gewerbetreibende
- 3) Änderungen in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften
- 4) Auswirkungen auf Stadtplanung, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
- 5) Nicht realisierbare Projekte
- 6) Kosten-Nutzen-Analyse

Der Sachstandsbericht wird auf den Seiten der Stadt Koblenz veröffentlicht und in gedruckter Form über das Amt für Wirtschaftsförderung an Unternehmen und Interessensverbände weitergeleitet.

Begründung:

Da der Begriff „Klimanotstand“ juristisch nicht definiert ist und zentrale Inhalte des beschlossenen Maßnahmenpakets bisweilen vage und unpräzise gehalten sind, kann selbst innerhalb der Stadtverwaltung über die konkreten verwaltungsrechtlichen und finanziellen Konsequenzen nur spekuliert werden. Die einzelnen Punkte sind nicht – wie gemeinhin üblich – zuvor in den jeweiligen Fachausschüssen beraten werden, sodass weder die generelle Erreichbarkeit der Ziele noch die Umsetzbarkeit der Einzelmaßnahmen im städtischen Alltag geprüft worden sind. Zudem, und das ist angesichts der Haushaltslage der Stadt Koblenz noch erheblich gravierender, unterblieb die notwendige Kostenfolgenabschätzung. Kritische Stimmen aus der Wirtschaft blieben weitgehend ungehört.

Demokratische Beschlüsse sind grundsätzlich zu respektieren. Gerade bei einem so Streitbaren und komplexen Thema ist die Stadt jedoch besonders in der Pflicht, für Klarheit und Transparenz zu sorgen. Gemäß dem Grundsatz der Rechtssicherheit muss die Verwaltung jederzeit die Existenz von beständigen, vorhersehbaren und verlässlichen Rechtspflichten und Berechtigungen gewährleisten. Der Sachstandsbericht kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Ein jährlicher Bericht über die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen, wie ihn die Stadt bislang vorsieht, wäre hingegen völlig unzureichend.